

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 8

Artikel: Die Stärke der Sozialistischen Internationale
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336604>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wurde verboten. Es gelang ihm auch, in den neu zu bildenden Staaten im Westen die Einführung der Sklaverei verbieten zu lassen. Doch seine Warnungen, daß die Sklaverei schließlich zu schweren Erschütterungen der Gesellschaft führen müßten, fruchteten nichts. Ein Bürgerkrieg wurde notwendig, die Schmach zu überwinden.

Jeffersons demokratische Bestrebungen waren keine bloßen politischen Rezepte, sie entsprangen einer großen einheitlichen Weltanschauung und einer starken Verbundenheit mit den Massen. Er war ein Feind des Kapitalismus, wenn dabei auch die Gegnerschaft des Landbebauers gegen Industrialisierung und Großstädte eine Rolle spielte. Doch ernst war sein Wille, die Herrschaft des Besitzes über die Volksmassen zu verhindern. Das ist ihm nicht gelungen. Hamilton hat gesiegt. Was sich in Amerika unter günstigen Voraussetzungen an Demokratie erhalten konnte, trotz der gewaltigen Kapitalmacht, ist viel. Aber es ist zur Routine geworden, und vom Geiste Jeffersons ist in den Einrichtungen wenig geblieben. Aber in den Menschen ist dieser Geist nie ganz erloschen. Der Kampf zwischen Hamilton und Jefferson war mit dem Tode der beiden Widersacher nicht zu Ende. Er hat während der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten mit wechselndem Erfolg getobt. Und wenn heute in Europa die amerikanische Demokratie gepriesen und angepriesen wird, dann soll man prüfen, was gemeint ist. Ist es eine moderne Demokratie in Jeffersons Geist, dann soll man zugreifen.

Die Stärke der Sozialistischen Internationale

Die der Frankfurter Gründungskonferenz der Sozialistischen Internationale vorgelegten Ziffern, ergänzt durch die neuesten Wahlergebnisse aus Finnland und Frankreich, ergeben folgendes Bild der organisatorischen Stärke der der Internationale angeschlossenen sozialistischen Parteien sowie des Grades ihres Einflusses auf die Wählerschaft:

Land	Mitgliederzahl	Stimmenzahl bei den letzten Parlamentswahlen	Prozentsatz der abgegebenen Stimmen
Belgien	126 000	1 755 000	35,55
Dänemark	283 000	813 000	39,6
Deutschland	684 698	6 934 000	29,3
Finnland	100 000	480 000	26,1
Frankreich	150 000		
Griechenland	—	62 500	6
Großbritannien	5 716 947	13 265 610	46,1
Indien	126 000	—	—
Island	2 000	12 000	17
Israel (Mapai)	100 000	155 000	35
Italien			
Partito Socialista dei Lavoratori (Saragat)	120 000	1 858 000	7,1
PS Unitario (Romita)	100 000	—	—
Sozialdem. Partei Südtirols	—	—	—
Japan	133 058	7 317 267	25
Kanada (CCF)	95 000	788 321	13,4
Luxemburg	3 000	481 511	—

Land	Mitgliederzahl	Stimmenzahl bei den letzten Parlamentswahlen	Prozentsatz der abgegebenen Stimmen
Malta	9 800	30 332	30,0
Niederlande	111 000	1 243 455	25,7
Norwegen	200 500	803 471	45,7
Österreich	605 300	1 682 881	37,9
Saar	11 000	147 000	32,8
Schweden	722 000	1 858 153	48,7
Schweiz	53 679	257 000	27,0
Triest	Zahlen nicht bekannt		
Uruguay	1 000	18 000	2,0
Vereinigte Staaten (Socialist Party)	30 000	140 000	

Nicht einbezogen in diese Übersicht sind die in die Illegalität und ins Exil gedrängten Parteien. Der Internationale gehört weiter der «Internationale Jüdische Bund» an, der keinem bestimmten Land zuzuhören ist und in den freien Ländern eine Mitgliedschaft von 15 000 aufweist. Neben den 100 000 Mitgliedern der israelitischen Partei Mapai umfaßt der poale-zionistische Weltverband weitere 100 000 Mitglieder in andern Ländern, vorzüglich in den Vereinigten Staaten. Die beiden italienischen Parteien haben sich inzwischen zusammengeschlossen, aber die Stimmenzahl von 1,8 Millionen bezieht sich nur auf die Partei Saragats, die allein 1948 selbständige kandidiert hat. Aus den Vereinigten Staaten hat der Internationale bisher nur eine Gruppe, die Socialist Party of the United States, deren Vorsitzender Norman Thomas ist, als Beobachter angehört. Während der Frankfurter Konferenz wurde berichtet, daß es zwischen dieser Partei und der Social Democratic Federation zu einer Einigung gekommen ist, so daß nun die Aufnahme der vereinigten Partei als Vollmitglied zu erwarten ist; es wird sich aber auch da keineswegs um eine Massenpartei handeln.

In Großbritannien und in den skandinavischen Ländern hat die Sozialdemokratie schon *mehr als zwei Fünftel* der gesamten Wählerschaft an sich reißen können: die Stimmenzahlen, die sie erreicht hat, bleiben, besonders im Falle Schwedens, nicht weit hinter 50 Prozent zurück. In den letzten Präsidentenwahlen, die in der obigen, auf Parlamentswahlen beschränkten Aufstellung nicht aufscheinen, hat der Kandidat der österreichischen Partei *52 Prozent* der abgegebenen Stimmen erhalten. Auch die australische Arbeiterpartei, die ihren Anschluß an die Internationale noch nicht vollzogen hat, hat bei den letzten Parlamentswahlen im April 1951 in den Staaten Südaustralien und Victoria 52 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. In allen wichtigen Staaten Europas, mit Ausnahme von Frankreich und Italien, ist die untere Grenze des sozialistischen Einflusses ein Viertel der Wählerschaft, die obere nähert sich in vielen Fällen zwei Fünfteln und überschreitet diese Grenze im Falle Großbritanniens, Norwegens und Schwedens. Man darf allerdings nicht übersehen, daß die Gegner, die der demokratische Sozialismus auf der politischen Rechten hat, meist nicht den gleichen Grad organisatorischer und ideologischer Geschlossenheit aufweisen. Darum verkörpern die für sozialistische Parteien abgegebenen Stimmen – insgesamt an die 40 Millionen – vielfach ein größeres Stück politischen Einflusses, als sich aus den nackten Zahlen herauslesen läßt.

In Großbritannien, Norwegen und Schweden sind die demokratischen Sozialisten seit Jahren die *einzigsten Träger* der *Regierungsverantwortung*. Das gleiche galt bis zum Vorjahr auch für Dänemark. In Kanada stellt die CCF (Commonwealth Cooperative Federation) die Regierung der Provinz Saskatchewan, in Deutschland hat die SPD die Alleinverantwortung in Hessen inne. Die österreichischen, französischen, israelischen, niederländischen, luxemburgischen, finnischen und schweizerischen Sozialdemokraten sind in der die Geschicke des betreffenden Landes lenkenden Regierungskoalition vertreten. Vor kurzem war das auch bei der inzwischen in der italienischen Einheitspartei aufgegangenen PSLI (Saragat) und den Saar-Sozialisten der Fall. Auch die Parteien Belgiens, Islands und Japans waren in Nachkriegskoalitionen vertreten, sind es aber

heute nicht. Die SPD ist Koalitionspartner in Bayern, Berlin, Hamburg und Niedersachsen.

Wie stark sind in den demokratischen Ländern die Sozialdemokraten im *Verhältnis* zu den *Kommunisten*, ihren erbittertsten Gegnern beim Ringen um die Seele der breiten Massen? In einer interessanten Betrachtung, die Adolf Sturmthal im Vorjahr in einer amerikanischen Zeitschrift angestellt hat («World Politics», Oktober 1950), kommt der Autor diesbezüglich zu bemerkenswerten Konklusionen. Wenn man die zwölf sozialdemokratischen Parteien mit dem stärksten Anteil an Wählerstimmen zusammenfaßt, lautet die Reihenfolge, die mit 46,4 Prozent beginnt (inzwischen ist Schweden mit 49,1 Prozent an die Spitze gerückt) und bis zu 7,1 Prozent heruntergeht, folgendermaßen: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, Belgien, Deutschland, Finnland, Schweiz, Niederlande, Frankreich, Italien. Setzt man nun in die so gewonnene Tabelle das Stärkeverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein, ergibt sich eine Übereinstimmung von überraschender Gradlinigkeit:

Großbritannien mehr als 100 (die Zahl der Labourstimmen beträgt
mehr als das Hundertfache der kommunistischen)

Norwegen	8	Finnland	1,3
Schweden	7	Schweiz	5
Dänemark	6	Niederlande	2,9
Österreich	8	Frankreich	0,63
Belgien	7,5	Italien	0,23
Deutschland	5		

Die Stärke des kommunistischen Einflusses steht in einer umgekehrten Proportion zum Ausmaß des sozialdemokratischen Einflusses auf die Wählerschaft. In allen Ländern, in denen der demokratische Sozialismus stark ist, bildet der Kommunismus eine quantité négligeable. Nur dort, wo die Positionen der Sozialdemokratie schwach sind, vermag der Kommunismus eine starke Anziehungskraft auf die Wählerschaft auszuüben. Das sind unwiderlegliche Tatsachen, die keines Kommentars bedürfen, aber manchenorts zum Nachdenken Anlaß geben sollten.

J. W. B.

Hinweise auf Zeitschriften

Erinnerungen an Shaw

Shaw ist, wie man weiß, bis zuletzt dem Sozialismus und seiner Überzeugung von der Größe von Marx treu geblieben. Erst heute erfährt man, wie viel er hinter dem Rücken der Öffentlichkeit zur Förderung der bedeutendsten sozialistischen Zeitschrift des heutigen Englands «The Political Quarterly» beigetragen hat. Das Bedürfnis für diese neue Zeitschrift stellte sich um 1929 ein, als eine neue Generation in den vorhandenen Zeitschriften keinen Boden mehr fand, die kommenden großen sozialen Probleme in aller Freiheit zu besprechen und die Thematik einer unabhängigen sozialistischen wissenschaftlichen Zeitschrift selbst zu bestimmen. Zu den Gründern der Zeitschrift gehört William A. Robson, der sie seit der Gründung leitet; später ist als Mitherausgeber Leonard Woolf (der Mann mit der großen Virginia) hinzugereten. Der erste Aufruf wurde unter anderm von Noel Baker, Cole, Lasky, Martin, Olivier, den Webbs und Barbara Wootton unterzeichnet. Zur Gründung der Zeitschrift benötigte man 2000 Pfund Sterling, doch wurden nur wenige 100 Pfund zusammengebracht. Die Wahlen von 1929 machten die Labour Party zur stärksten Partei, sie kam ins Amt, aber nicht zur Macht, da sie keine absolute Majorität besaß. Das Bedürfnis, ein sozialistisches Programm zu diskutieren, war größer denn je. Robson, der schon in früheren Jahren mit Shaw zusam-